

Pressestimmen

IMPFDEBATTE IN DEUTSCHLAND

DIE WELT

„Freiheit“ Die freie Entscheidung des Individuums und der Schutz von Dritten lassen sich unter einen Hut bringen. Wer seine Kinder in eine Kita oder einen Kindergarten schicken möchte, müsste eine Impfung nachweisen. So würde niemand zum Impfen gezwungen, doch wer sich diese Freiheit nimmt, darf eben dadurch andere nicht gefährden.

Die Welt, Berlin

Frankfurter Allgemeine

„Pflicht“ Nach dem Tod des Jungen in Berlin sollte eines klar sein: Mit achtzehn Monaten haben viele Kinder in Deutschland keinen ausreichenden Impfschutz. Diese schutzlosen Kinder zu schützen, hat jeder Einzelne die Pflicht: Wer nicht geimpft ist, sollte sich impfen lassen, um nicht zum Überträger zu werden. Und in einer Gesellschaft wie der deutschen, in der Kleinkinder in Kindergärten betreut werden, stellt sich die Frage nach einer Impfpflicht dringend.

FAZ, Frankfurt

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

25. Februar

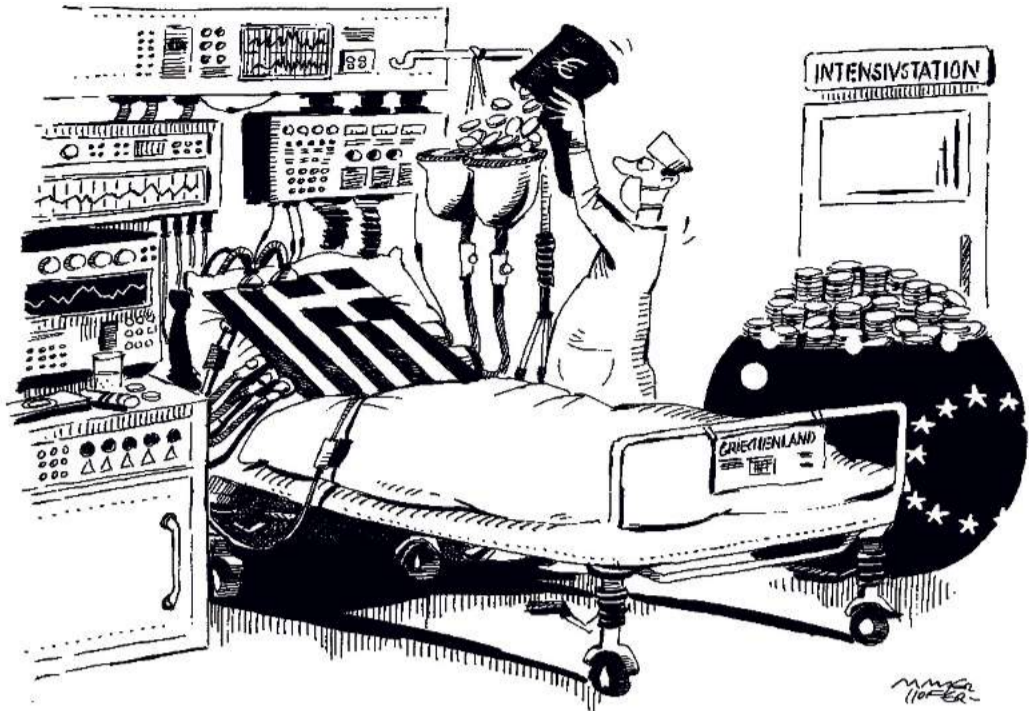
1964: Der 22-jährige US-amerikanische Boxer **Cassius Clay**, Olympiasieger von 1960, besiegt den Titelverteidiger Charles Liston und wird der bislang jüngste Weltmeister im Schwergewicht.

1986: In einem unblutigen Putsch wird auf den Philippinen der Diktator Ferdinand Marcos gestürzt.

2005: Nordkorea behauptet erstmals offiziell, im Besitz von Atomwaffen zu sein. Das Bekenntnis löst international Sorge aus.

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 19) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbrieft



Lebenserhaltende Maßnahmen

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Sabine Oberhauser

Eine Kämpfernatur

Von Annette Gantner

Kurz nachdem Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser gestern erstmals beim Ministerrat ohne Haare aufgetreten war, hat sie auch auf Facebook ihr Bild aktualisiert und über die nächste Chemo informiert. „Du machst vielen Mut mit deinem Mut“, „bewundernswert“, „tolles Vorbild“ posteten ihre Freunde.

Anfang Februar war die 51-jährige Wienerin mit Verdacht auf eine Tumorerkrankung ins Spital gekommen, wenige Tage später gab sie die Diagnose bekannt: Unterleibskrebs. Sie werde ihr Amt weiter ausüben, die Ärzte sähen gute Heilungschancen.

Die umtriebige und gesellige Politikerin geht mit ihrer Erkrankung offen um. So wunderte es auch nicht, als sie am Dienstag mit rasiertem Kopf statt mit Perücke beim Ministerrat erschien. Souverän beantwortete sie Fragen zu aktuellen Maserkrankungen und sprach sich gegen eine Impfpflicht aus.

Im vergangenen September war Oberhauser infolge der Personalrochaden nach Barbara Prammers Tod zur Gesundheitsministerin aufgestiegen. Die gelernte Kinderärztin und führende Gewerkschafterin hatte bereits im SP-Parlamentsklub die Gesundheitsagenden betreut, entsprechend schnell reüssierte sie auch in ihrem Ressort. Kaum im Amt erzielte sie beim Fortpflanzungsmedizingesetz eine Einigung mit der ÖVP. Vehement kämpft die ehemalige Raucherin, die vor mehr als zwei Jahren ihre Sucht beendete, für einen allgemeinen Nichtraucherschutz. Ihre Politik beschränkt sich nicht nur auf Gesundheitsthemen, als ehemalige ÖGB-Vizechefin meldet



Die Gesundheitsministerin geht mit ihrer Krebserkrankung offen um.

Foto: APA

sie sich zur Steuerreform und engagiert sich stark in der Frauenpolitik.

Die Ministerin ist mit einem Radiologen verheiratet, sie haben zwei erwachsene Töchter. Ihr treuer Begleiter bei den regelmäßigen morgendlichen Spaziergängen ist Labrador Felix. In einem Porträt über sich schreibt Oberhauser, sie habe bereits in der Schulzeit nach dem Motto gelebt „einen Kampf erst dann aufzugeben, wenn alles Pulver verschossen ist“.

Leitartikel

Von Christoph Zöpfl



Winter, Wüste, Witzfiguren

Vor vier Jahren hat der Fußball-Weltverband FIFA die WM 2022 an Katar vergeben. Und „schon“ jetzt ist man zu der Erkenntnis gekommen, dass im Emirat am Persischen Golf aufgrund der Hitze im Sommer nicht im Freien Fußball gespielt werden kann. Gestern hat die von der FIFA eingesetzte Task Force folgerichtig vorgeschlagen, die WM 2022 in Katar nicht im Sommer, sondern im November und Dezember auszutragen. Der Aufschrei der Vertreter wichtiger europäischer Ligen beziehungsweise Klubs war vorhersehbar.

Die Winter-WM in der Wüste kommt den Spielplänen der deutschen Bundesliga, der englischen Premier League, der spanischen Primera División oder auch der UEFA-Champions-League wie ein Geisterfahrer entgegen. Das Ausweichmanöver wird viel Geld kosten. Daran dürfte es nicht scheitern. Geld hat die

Die Fußball-WM in Katar zeigt, dass die Moral im Absichts steht

FIFA genug, was fehlt, ist der Anstand. Denn die Vergabe der WM an Katar war nicht nur grotesk, sondern vor allem unanständig und entlarvend.

Wenn die Kassa stimmt, dann schicken FIFA-Präsident Joseph S. Blatter und seine Hampelmänner den Fußball sogar in die Wüste. Das ist bedauerlich, verdeutlicht aber gleichzeitig ein Sittenbild: Geld regiert die Welt, zuerst kommt das Fressen, dann die Moral. Der Fußball ist da keine Ausnahme. Nicht nur die sonderbare Vergabe der WM 2022 an Katar kann als Beleg für diese Behauptungen angeführt werden.

Gerade jene Liga- und Klubmanager, die jetzt gegen die Winter-WM wettern, sitzen gut gepolstert in Glashäusern, wenn sie der FIFA Geldgier vorwerfen. In England wurden Klubs an Oligarchen und Scheichs verschertelt. In Spanien wird eine Runde auf vier Spieltage und neun verschiedene Ankick-Zeiten zwischen 12 und 22 Uhr zerstückelt, um sie bestmöglich zu vermarkten. Auch in Deutschland werden neue Stundenpläne geschrieben, um bei den TV-Rechten höhere Erträge zu erzielen. Der Profi-Fußball ist eine Sparte der Unterhaltungsindustrie. Höhere moralische Ansprüche zu stellen, als auf dem Spielfeld der Weltwirtschaft üblich sind, ist plausibel, aber auch naiv.

Die WM 2022 in Katar setzt den Trend einer bedingungslosen Kommerzialisierung des Fußballs fort, allerdings wird eine neue Spielart sichtbar: Zuerst war die FIFA nur von der Profitgier getrieben, jetzt kommt auch noch die Dummheit dazu. Höchste Zeit, die Witzfiguren vom Platz zu stellen.

c.zoepfl@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Erlöst die Griechen vom Euro

Die wirtschaftliche Realität Griechenlands lässt nur einen Schluss zu: Griechenland wird seine Schulden alleine niemals zurückzahlen können. Nicht mit dem bestehenden Sparprogramm und auch nicht mit einem den Wünschen der Griechen angepassten „Wachstums“-Programm.

Griechenland müsste schon schneller und nachhaltiger wachsen als je ein Land in der westlichen Welt zuvor, um den gigantischen Schuldenberg abzubauen. Es stellt sich somit eigentlich nur die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen ein Schuldenschnitt erfolgen soll.

Einen weiteren Schuldenschnitt innerhalb der Eurozone wird es mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht geben, weil dadurch die Sparbemühungen der anderen europäischen Krisenländer ad absurdum geführt würden. Die Alternative dazu wäre ein Schuldenschnitt außerhalb der Eurozone, das einhergehen würde mit dem sogenannten „Grexit“ und der Wiedereinführung der Drachme.

Die Abwertung der Drachme wäre für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und für die Entwicklung der Binnenwirtschaft (anstatt



VON TEODORO D. COCCA

teure Waren zu importieren würde man vermehrt im Inland Güter nachfragen) ein wichtiger Impuls, um aus dem Teufelskreis von Schulden, Sparen und Rezession herauszukommen.

Ein „Grexit“ kann freilich viele Gesichter haben: Die EU könnte Griechenland weitere Unterstützungsgelder versagen und damit den Exit provozieren. Das ist extrem unwahrscheinlich, da dies dem Wertesystem der auf Solidarität basierenden Union gänzlich widersprechen würde. Griechenland könnte selber unilaterale Maßnahmen er-

greifen, welche zum Austritt führen (zum Beispiel Anleihen nicht zurückzahlen). Das ist ebenfalls sehr unwahrscheinlich, da das Land in der Folge politisch isoliert wäre und Chaos programmiert ist. Griechenland könnte zusammen mit der EU einen geordneten Austritt aus dem Euro verhandeln.

Diese letzte Variante erscheint mir die vernünftigste Lösung zu sein, obwohl gerade diese zurzeit politische Tabuzone ist. Sie bedingt allerdings, dass die Griechen selber einen Austritt möchten. Soweit ist man anscheinend noch nicht, da sich die neue Regierung klar für eine Beibehaltung des Euro ausspricht.

In den kommenden Monaten könnte aber die Einsicht reifen, dass unter Merkel & Co. die Austeritätspolitik samt Schuldenberg bleiben wird und damit nur ein geordneter Exit als Lösung bleibt. Das wird nicht heißen, dass keine Hilfgelder mehr gezahlt werden, aber wenigstens hätte Griechenland einen Funken Zukunftsperspektive wieder gefunden und die EU hätte bewiesen, dass sie nicht nach dem Prinzip irrationaler Hoffnung operiert, sondern ökonomische Realitäten akzeptiert.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz